

Stuttgart 21 (2010)

Die LIBERALEN DEMOKRATEN in Baden-Württemberg

lehnen Stuttgart 21 in Form der jetzigen Planung und Durchführung ab.

Wir fordern eine klare Kosten/Nutzen-Herleitung.
Dabei reichen statistische Daten zum Ist-Zustand nicht aus.

Zunächst sind politische Maßnahmen zu ergreifen, die wirklich Güter von der Straße auf die Schiene bringen.

Dann ist der Schienenstreckenbedarf zu analysieren für Stuttgart-Ulm.

Dann ist diese Strecke auszubauen, möglicherweise mit tangentialem Anschluss von Stuttgart an die Strecke Rhein/Neckar nach Ulm.

Dann ist in Folge die Schienen- und Bahnhof-Infrastruktur für Stuttgart zu planen und zu realisieren.

Möglicherweise wird dann der Bahnhof am jetzigen Platz überflüssig, damit aber sowohl S21 als auch K21. Aber diese Überlegungen können erst am Ende erfolgen.
S21 war ein Design-Spiel ohne Grundlagen, mit hohen technischen Risiken und überhöhten Kosten.

Aber wir lehnen einen Ausbau der Schienenstrecke nach Ulm nicht von vornherein ab, denn das wäre bei dem Ziel „Güter auf die Schiene“ kontraproduktiv.

Schulreform (2010)

Die LIBERALEN DEMOKRATEN in Baden-Württemberg

fordern die Beendigung aller Bastellösungen im dreigliedrigen Schulsystem mit Übertrittsregelungen, Werkrealschule, Turboabitur, 6jährige Grundschule.

Stattdessen Integration in eine Gesamtschule, in der jeder Schüler seine Abschlüsse in seinem persönlichem Tempo erreichen kann, durchaus auch unterschiedlich in den Fächern.

Mit der personenbezogenen Schulkarriere gibt es keine Diskussionen mehr über 4 oder 6 Grundschuljahre, 12 oder 13 Jahre zum Abitur oder eine Grundschulempfehlung.

Für die Zeit bis zur flächendeckenden Einführung fordern wir die Aussetzung der Grundschulempfehlung zur weiterführenden Schule.

Sie wird ersetzt durch ein Beratungsgespräch, die Eltern entscheiden danach. Nehmen die Eltern die Beratung nicht in Anspruch, entscheidet weiter die Grundschule.

Sachleistungen und Chipkarte (2010)

Die LIBERALEN DEMOKRATEN in Baden-Württemberg

stellen zum Thema Chipkarte der Bundesministerin für Arbeit und Soziales fest:

Die Bevormundung „Sachleistungen statt Geld“ für Minderjährige ist menschenunwürdig.

Staatliche Leistungen muss es für alle geben ohne Nachweis der Bedürftigkeit, auch eine Chipkarte für Bildungsförderung.

Das Argument, Reiche sollen nicht unnötig profitieren, ist leicht zu entkräften, indem man die Steuerbelastung für die nicht Bedürftigen entsprechend anhebt, dann ist es für die kostenneutral.